

Bericht in WN online am 3. Februar 2023

Politisches Forum in Münster

Wie Mona Neubaur gegen alle Widerstände den Windkraftausbau beflügeln will

Münster

Draußen demonstriert eine „bunte Truppe“ von Gegnern der Lützerath-Räumung, drinnen regen sich ein paar Eltern von Klimaschützern auf: Doch bei einer Veranstaltung mit Vize-Ministerpräsidentin Mona Neubaur (Grüne) dominiert eigentlich der Konsens bei einem Thema.

- Von
- [Claudia Kramer-Santel](#)

Freitag, 03.02.2023, 14:01 Uhr

03.02.2023, 14:50 Uhr



Politisches Forum mit NRW-Ministerin Mona Neubaur (Mitte) in Münster. Mit auf dem Bild: Johannes Lackmann (l.), Geschäftsführer von Westfalen-Wind, und Dr. Karl-Heinrich Sümmermann (r.). Foto: Matthias Ahlke

Das Thema Windkraftausbau erhitzt seit Jahren die Gemüter. Kommt nun wirklich die Wende? 1000 Windkraftträder im Eiltempo, wie sie das Land anpeilt? Nimmt man die Veranstaltung in Münster „Mehr Mut zur Tat“ mit NRW-Wirtschafts- und Energieministerin Mona Neubaur als Beispiel, bringt der Kurs der schwarz-grünen Landesregierung paradoxerweise nur noch Klimaschützer extrem auf die Palme. In Münster demonstrierten sie lautstark gegen die Räumung von Lützerath.

Für Unmut bei Naturschützern sorgen auch die Habeck-Pläne, den Artenschutz bei Windkraft-Genehmungsverfahren in die Grenzen zu weisen. Denn der Wirtschafts- und Energieminister will unter anderem den Anwendungsbereich der Vogelschutzrichtlinie bei der Genehmigung von Windkraftanlagen beschneiden. Doch die große Mission von Habeck, Neubaur und Co heißt: Es muss schneller gehen. Turbo für den Windkraftausbau!

„Das ist blanker Unsinn“

Windkraftunternehmer Johannes Lackmann – in diesen Tagen gefragter Talkgaststar auch im Fernsehen - wettet dagegen weiter gegen zu komplizierte Antragstellungen für Windkraftparks („Da muss ich bis zu 140 Aktenordner mitnehmen und mit einem Lkw zur Genehmigungsbehörde fahren“). Da seien dann Denkmalschutzbehörden damit beschäftigt, „ob man von Kirchtürmen aus Windräder sieht“. Sein Fazit: „Das ist blanker Unsinn, das gehört abgeschafft. Lassen Sie uns einfach einen Wettbewerb der Behörden machen, wer genehmigen darf.“ Das könne aber nicht verhindern, dass nach erfolgter Genehmigung der Naturschutzbund Probleme mache, der mit jahrelangen Klagen wegen seltener Vogelarten alles aufhalte: „Die haben das Klagen zum Geschäftsmodell gemacht.“ Banken werten dies Risiko: Folge: neue Verzögerungen.

Fest steht: Neubaur will sich auf keinen Fall mit lähmenden Abrechnungen mit dem Koalitionspartner CDU verstricken, der lange als Bremse bei der Windkraft galt. Denn es geht um Größeres. Gleich zu Beginn der Debatte bringt sie dies an den Mann und an die Frau: „Warum wir mehr Mut zur Tat brauchen? Weil wir uns in einem Krieg befinden, der von Putin auch mit der künstlichen Verknappung fossiler Brennstoffe geführt wird.“ Das Sorge die Gesellschaft. Es gibt aus ihrer Sicht nur einen Ausweg: Möglichst rasch regenerative Formen wie die Windenergie vorantreiben. Sie setzt auf einen Mix von vereinfachten Gesetzen, Anreizen und Druck aus den Ministerien.

NRW als „Schlüsselland der Energiewende“?

Doch das Fazit der Experten war auch: Es wird angesichts der lange angehäuften Genehmigungsprobleme, des Bürokratiewusts und den Digitalisierungsprobleme der Behörden noch lange dauern. Es hat sich aber spürbar etwas geändert: Die Opposition übt sich nicht im Streit, wem der lange Verzug anzulasten ist. Auch SPD-Wirtschaftsexperte André Stinka (SPD) betont: „Wir müssen viele Menschen mitnehmen.“ Schließlich könne NRW angesichts der zögerlichen süddeutschen Bundesländer „Schlüsselland der Energiewende“ werden.

Manfred Müller, ehemaliger Landrat (Westfalen e.V) lobt dabei besonders die Region Westfalen-Lippe, „wo 71 Prozent aller Windkraftanlagen des Landes stehen“. „Wir müssen auf das regionale Energiepfund setzen!“, erklärt er immer wieder.

Bezirksregierungen sollen Windräder genehmigen

Neubaur setzt darauf, dass die Bezirksregierungen künftig Windräder genehmigen sollen, um Verzug durch teils unterschiedliche Standards der Kommunen zu umgehen. Am Donnerstag berichtete der WDR allerdings, dass sich diese Pläne geändert haben. Denn es gibt ein neues Problem: die 60 neuen Stellen, die bei den Bezirksregierungen dafür geschaffen wurden, seien nur schwer zu besetzen. Personal aus den Kommunen sperre sich gegen die notwendigen Umbesetzungen. Neubaur bestätigte dies indirekt. Man wolle nicht alles so lassen, wie es ist. Es mache immer klüger, Gespräche zu führen. Doch es gelte nun, nicht mit dem schwierigen Umbau von Strukturen unnötig Zeit zu verlieren.

Fest steht: Minister sollen nun Bezirksregierungen gezielt betreuen, die die Genehmigungen leiten sollen. Alles soll effektiver laufen. Neubaur gibt sich zuversichtlich: „Ich bin mir sicher, dass mein Kurs richtig ist. Es wird in 18 Jahren, wenn unsere Kinder groß sind, keinen geben, der sagt: Hätten wir mal nicht auf die Windkraft gesetzt.“